

# Populismus und Migration

## Ängste, Politik und Realität

Maik Herold

**Das Thema Migration gilt heute in besonderer Weise als Katalysator für die Wahlerfolge rechter Populisten. Wie nicht zuletzt das vergangene Jahrzehnt gezeigt hat, können Fragen von Zuwanderung, Flucht und Asyl besonders leicht emotional aufgeladen werden, politische Freund-Feind-Zuschreibungen provozieren und gesellschaftliche Polarisierungsdynamiken verstärken. Migration scheint damit wie kaum ein anderes Thema dazu geeignet, etablierte politische Institutionen unter Stress zu setzen und eine Demokratie für Populisten aller Art verwundbar zu machen. Der Beitrag von Maik Herold analysiert dieses Zusammenspiel von Populismus und Migration, identifiziert zentrale Erklärungsfaktoren und führt diese mit aktuellen empirischen Befunden aus Politik- und Sozialwissenschaft zusammen. Er zeigt, dass Migration heute zu einer Schlüsselfrage unserer Demokratie geworden ist, an der sich gesellschaftliche Spaltungslinien bündeln und die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Institutionen sichtbar wird.**

Der Aufstieg populistischer Kräfte, wie er in den vergangenen Jahren in vielen westlichen Demokratien zu beobachten war, scheint eng mit dem Thema Migration verbunden. In unterschiedlichen politischen Konstellationen hat sich gezeigt, dass Fragen nach dem richtigen Umgang mit Flucht, Einwanderung und Asyl leicht emotional aufgeladen werden, politische Freund-Feind-Zuschreibungen provozieren und gesellschaftliche Polarisierungsprozesse in Gang setzen können. Während das tatsächliche Migrationsgeschehen für viele Bürgerinnen und Bürger oft hinter einer Aura des Undurchschaubaren und Konspirativen verborgen bleibt, sind die damit in Verbindung stehenden Debatten offenbar in besonderer Weise dazu geeignet, das Vertrauen der Menschen in demokratische Institutionen, Prozessen und Eliten zu beschädigen (Herold 2024b; Vorländer u. a. 2025).

Dabei scheint bereits die Beschäftigung mit den Interessen und Bedürfnissen von „Fremden“ in Teilen der Bevölkerung Vorwürfe einer falschen Prioritätensetzung und politischen Vernachlässigung eigener Belange zu provozieren. Durch Zuspitzung dieser Wahrnehmungen entsteht leicht der für populistische Weltansichten typische Eindruck, das politische Entscheidungssystem habe sich verselbstständigt und deren entrückte, realitätsfremde und ideologisch verblendete Eliten den Kontakt zur Lebenswirklichkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger verloren (Decker/Lewandowski 2017; Mudde/Kaltwasser 2018). Vor diesem Hintergrund gilt der Streit um den richtigen Umgang mit Geflüchteten, Einwanderern und Asylsuchenden heute als wichtiger Katalysator für die Wahlerfolge rechter Populisten, während umgekehrt die emotionalisierte Kritik an einer als „liberal“ und „naiv“ gescholtenen Zuwanderungspolitik weltweit zu den ideologisch-programmatischen Kernbeständen rechtspopulistischer Parteien zählt (Dustman u. a. 2019; Halla u. a. 2017; Stockemer u. a. 2018).

Sind also Populismus und Migration zwei Seiten derselben Medaille? Ist die verstärkte Aufnahme von Geflüchteten, Asylsuchenden und Einwanderern nur um den Preis des Erstarkens populistischer Kräfte und einer Schwächung der liberalen Demokratie zu haben? Diese Frage wird im Folgenden adressiert. Mit Blick auf die Ergebnisse aktueller politik- und sozialwissenschaftlicher Untersuchungen soll dabei geklärt werden, an welchen Stellen und durch welche

Mechanismen die Dynamiken von Flucht, Asyl und Zuwanderung im vergangenen Jahrzehnt tatsächlich den Erfolg populistischer Kräfte befördert haben. Um dies zu erreichen, fokussiert der Text nacheinander unterschiedliche Argumentationsfelder und geht dabei auf die Rolle sozioökonomischer Entwicklungen (Abschnitt 2), politisch-kultureller Einstellungsmuster (Abschnitt 3), gesellschaftlicher Wertekonflikte (Abschnitt 4) sowie diskursiver und medialer Rahmenbedingungen (Abschnitt 5) ein. Ein letzter Teil fasst die Ergebnisse kurz zusammen. Mit welchen Begründungen können Migration und Populismus also in einen Zusammenhang gestellt werden?

### Populismus als Ausdruck migrationsbezogener Statusverluste und Abstiegsängste

Eine erste Gruppe von Erklärungen sieht wirtschaftliche und soziale Konflikte für die enge Verbindung zwischen Migration und Populismus verantwortlich. Dabei wird angenommen, dass ein schneller Zustrom von Menschen zu ökonomischen Verwerfungen führt, von der vor allem die unteren sozialen Statuslagen unmittelbar betroffen sind. Insbesondere gering qualifizierte Zuwanderer können die Löhne vor Ort senken, den Wettbewerbsdruck auf lokalen Arbeitsmärkten steigern und die Verfügbarkeit von öffentlichen Gütern und staatlichen Dienstleistungen für einheimische Bürgerinnen und Bürger einschränken. Folglich sehen sich insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, niedrigem Bildungsniveau und eher eingeschränkten beruflichen Perspektiven einer verstärkten Konkurrenz um Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum, staatliche Fürsorgeangebote und öffentliche Aufmerksamkeit ausgesetzt. Die damit verbundenen Konfliktpotenziale spiegeln sich nicht zuletzt in unterschiedlichen Begrifflichkeiten, die durch politische Akteure gezielt verwendet und manipuliert werden. Wird in Deutschland etwa von „Wirtschaftsflüchtlingen“ gesprochen, so ist die Ablehnung in der Bevölkerung besonders stark; werden dieselben Menschen hingegen als „Fachkräfte“ oder „Gastarbeiter“ bezeichnet, so fallen die damit verbundenen Assoziationen deutlich positiver aus (Herold 2024; Küpper u. a. 2016).



Ein Wahlplakat der Schwedendemokraten zur schwedischen Parlamentswahl 2022 fordert die Ausweisung „krimineller“ Ausländer, ohne Gerede“. Die Partei verbindet Kriminalitätsdebatten mit einer restriktiven Migrationspolitik.

© picture alliance | Jörg Carstensen

Insgesamt nehmen sozioökonomische Erklärungsmuster in der öffentlichen Diskussion über den Zusammenhang zwischen Populismus und Migration typischerweise einen breiten Raum ein. Die Vermutung, dass vor allem Menschen mit eher niedrigem Sozialstatus zu einer pauschalen Abgrenzung, Ablehnung und Ausschluss gegenüber Zugewanderten tendieren, konnte in der Forschung allerdings nur teilweise bestätigt werden. So haben Untersuchungen die Relevanz sozioökonomischer Disparitäten für die Herausbildung populistischer Migrationskritik unterstrichen, zugleich aber auch festgestellt, dass deren Erklärungskraft eher begrenzt ist (Hartmann u. a. 2022; Margalit 2019; Haliopoulou/Vlandas 2020; Stoetzer u. a. 2021).

Stattdessen wird mittlerweile der Ebene subjektiver Deutungen eine entscheidende Bedeutung zugeschrieben. Demnach haben viele Bürgerinnen und Bürger in den westlichen Demokratien heute das Vertrauen in die Fortschritts- und Aufstiegsversprechen der modernen Gesellschaft verloren. Negative Folgen der Globalisierung und wachsende Einkommensunterschiede zwischen den oberen und unteren Schichten haben den Eindruck nachlassender Solidarität und eines schwindenden Zusammenhalts entstehen lassen. Die daraus hervorgehende Verunsicherung hat für die Versprechen, Deutungen und Mobilisierungskampagnen von Populisten anfällig gemacht (Manow 2018; Nachtwey 2016; Rodrik 2021). Diese wiederum nutzen das Thema Migration gezielt für ihre Zwecke. Durch die explizite Hervorhebung mutmaßlicher wirtschaftlicher Negativwirkungen und sozialer Folgekosten von Zuwanderung gelingt es ihnen, den Unmut über persönliche Verlusterfahrungen, Deprivationswahrnehmungen und Abstiegsängste zu kanalisieren. Dabei reicht die bloße Wahrnehmung einer Gefährdung, das Gefühl der eigenen Verwundbarkeit oft aus, um angesichts steigender Immigrationszahlen rechtspopulistische Akteure mit ihren Versprechen auf wirtschaftliche Abschottung und sozialpolitische Priorisierung der einheimischen Bevölke-

rung zu unterstützen (Engler/Weisstanner 2020; Gidron/Hall 2019; Kurer/van Staalduinen 2022).

Im Zuge dieser Entwicklung rückt ein weiterer Gesichtspunkt von Migration in den Fokus, der oft übersehen wird. Er bezieht sich gewissermaßen auf die Kehrseite der Zuwanderung: die Abwanderung von Menschen in andere Regionen oder ins Ausland. Hier zeigt sich, dass die populistische Mobilisierbarkeit sozioökonomischer Zukunfts-, Abstiegs- und Verlustängste in viel allgemeinerer Hinsicht durch die örtliche Bevölkerungsentwicklung beeinflusst wird. So haben Untersuchungen in den vergangenen Jahren für ganz Europa einen Zusammenhang zwischen regionalen Abwanderungsbilanzen und der örtlichen Zustimmung für populistische Parteien nachgewiesen (Dancygier u. a. 2025). Innerhalb Deutschlands zeigt sich dieser Zusammenhang vor allem in den neuen Bundesländern, wobei hier nicht nur die Abwanderung unmittelbar nach der Wiedervereinigung, sondern vor allem jene nach der Jahrtausendwende nachhaltig die politische Kultur beeinflusst und einen fruchtbaren Boden für populistische Weltansichten und elitenkritische Ressentiments bereitet hat (Herold/Otteni 2020).

### Ethnozentrismus, gestörtes Sicherheitsempfinden und soziale Verunsicherung

Eine zweite Gruppe von Erklärungen sieht Populismus und Migration vor allem durch vorausliegende politisch-kulturelle Einstellungsmuster in der Bevölkerung verbunden. So zeichnen sich ethnozentrische bzw. nativistische Einstellungen durch eine übersteigerte Orientierung an „eigenen“ Gruppenkontexten sowie die starke Tendenz zur Abgrenzung gegenüber als „fremd“ definierten Gruppen – wie Geflüchteten oder Zuwanderern – aus (Tajfel/Turner 1979). Rechtspopulistische Parteien versuchen, die damit verbun-

denen Gefühlslagen gezielt anzusprechen, indem sie Massenimmigration als Bedrohung der nationalen und kulturellen Identität darstellen und den politischen Eliten vorwerfen, darauf nicht angemessen zu reagieren. Diese Strategie hat sich im vergangenen Jahrzehnt vielerorts als sehr erfolgreich erwiesen. Entsprechend zählen verfestigte fremdenfeindliche und nationalistische Einstellungen in Teilen der Bevölkerung heute weltweit zu den zentralen individuellen Erklärungsfaktoren für den Erfolg populistischer Migrationskritik (Banks 2016; Lubbers/Coenders 2017; Stockemer 2016).

Wenn es um die Generierung kollektiver Feindbilder geht, kommt in den westlichen Gesellschaften dabei meist dem Islam eine Sonderrolle zu. Seit den islamistisch motivierten Terroranschlägen von New York (2001), Madrid (2004) und London (2005) werden Musliminnen und Muslime als eine besonders „fremde“ und „bedrohliche“ Bezugsgruppe identifiziert, der Islam als Gegenspieler zu Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie sowie als Feind westlicher Kultur und Lebensweise verstanden. Populistische Akteure haben die damit verbundenen Ängste vielerorts aufgegriffen und aus der dezidierten Ablehnung muslimischer Zuwanderung aus dem Nahen Osten und Nordafrika politisches Kapital geschlagen (Helbling 2012; Pickel/Yendell 2016). Nicht selten fand sich das Motiv bereits in den Namen entsprechender Initiativen repräsentiert. So auch in Deutschland, wo noch vor der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 der politische Aufstieg eines organisierten Rechtspopulismus ab Oktober 2014 mit den Protesten der „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) eingeleitet wurde (Herold/Schäller 2023; Vorländer u. a. 2016).

Zugleich haben Untersuchungen jedoch gezeigt, dass Einwanderungskepsis nicht pauschal mit Fremdenfeindlichkeit und Xenophobie gleichgesetzt werden kann. Auch konkrete Erfahrungen mit den Schwierigkeiten und Fallstricken einer gelingenden Integration oder Sorgen um eine Überlas-

tung des Gemeinwesens können Zustimmung für rechte Populisten generieren (Rydgen 2008). In der öffentlichen Debatte spielen dabei meist Fragen nach dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Bevölkerung eine Schlüsselrolle. Allgemeine Wahrnehmungen über die Sicherheitslage im Land werden mit Empörungsmomenten über eine schlecht koordinierte und administrierte Zuwanderungspolitik verknüpft. Annahmen über vermeintlich unvereinbare kulturelle Prägungen, Werte und Weltansichten zwischen Zugewanderten und Einheimischen vermischen sich mit diffusen Ängsten vor steigender Kriminalität, drohenden sozialen Unruhen und einem Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts (Berg 2015; Rydgen 2008; Stockemer u. a. 2018). Aufsehenerregende Straftaten und Anschläge verstärken diese Wahrnehmungen und sorgen für eine weitere Zuspitzung bestehender Freund-Feind-Zuschreibungen (Ezzati 2020). In diesem Kontext erscheint der Zuzug von „Fremden“ nicht nur als Gefahr für persönliche Freiheiten, Werte und Besitztümer, sondern auch als Herausforderung für die Stabilität und Überschaubarkeit der eigenen Lebensumstände.

Allerdings können in den europäischen Demokratien migrationskritische Positionen und restriktive migrationspolitische Präferenzen nicht bei allen Anhängerinnen und Anhängern rechtspopulistischer Parteien festgestellt werden (Stockemer u. a. 2021). Umgekehrt sind im Zuge eines weitreichenden Stimmungswandels heute migrationskritische Einstellungen in ganz Europa derart verbreitet, dass sie weit über das Unterstützermilieu populistischer Parteien hinausgehen. Positionierungen zu den Themen Migration, Zuwanderung und Asyl fallen inzwischen auch in jenen Ländern sehr kritisch aus, die – wie etwa Deutschland oder Schweden – vor einem Jahrzehnt noch als besonders „liberal“ und offen gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten galten (Herold u. a. 2022; Vorländer u. a. 2025).

Hinzu kommen regionale Unterschiede und Besonderheiten. So sind im Osten Deutschlands bis heute migrations-



PEGIDA-Anhänger demonstrieren im Dezember 2014 in Dresden. Mit Parolen wie „Bürger an die Macht“ verband die Bewegung ihre Ablehnung von Zuwanderung aus muslimisch geprägten Ländern mit einer grundsätzlichen Kritik an etablierten Parteien.

© picture alliance / dpa | Arno Burgi

kritische und fremdenfeindliche Einstellungen stärker verbreitet als im Westen des Landes – auch wenn hier zuletzt ein Angleichungsprozess des Westens an den Osten zu beobachten war (Decker u. a. 2024; Zick u. a. 2025). Zugleich aber fallen die Einstellungen gegenüber Zugewanderten in Ostdeutschland im Schnitt positiver aus als in anderen ehemals sozialistisch regierten Regionen Mittel- und Osteuropas, während sie im Westen Deutschlands wiederum deutlich positiver ausfallen als in vielen anderen Regionen Westeuropas. Insgesamt kann dabei nicht Ostdeutschland, sondern eher Westdeutschland als bemerkenswerte Abweichung vom gesamtdeutschen Durchschnitt gelten (Herold 2025a).

Doch nicht nur der Einfluss vorausliegender Einstellungen auf die politischen Reaktionen gegenüber Migration, sondern auch der umgekehrte Einfluss von Zuwanderung und zunehmender Diversität auf die politischen Werthaltungen der Bevölkerung steht seit vielen Jahren im Fokus sozialwissenschaftlicher Forschung. Hier nimmt die sogenannte „Kontakthypothese“ (Allport 1954) an, dass der persönliche Kontakt mit Zugewanderten die individuelle Anfälligkeit für populistische Parolen und fremdenfeindliche Vorurteile reduziert, während die „Group Threat Theory“ umgekehrt davon ausgeht, dass die Präsenz einer als „fremd“ verstandenen Gruppe im unmittelbaren Lebensumfeld ökonomische, soziale und kulturelle Bedrohungsgefühle verstärkt und somit die politische Erfolgswahrscheinlichkeit für rechte Populisten erhöht (Quillian 1995). Zahlreiche Studien aus den vergangenen Jahren haben jeweils für die eine oder andere Seite empirische Belege geliefert (Dustmann u. a. 2019; Rydgren/Tyrberg 2020; van Wijk u. a. 2020). Insgesamt ist deshalb davon auszugehen, dass beide Theorien sich nicht zwingend ausschließen. Vielmehr scheint der persönliche Kontakt mit Zugewanderten – je nach Art und Kontext – auf nationaler, regionaler oder Stadtteilebene durch-

aus unterschiedliche Wirkungen zu entfalten. Zahlreiche, scheinbar nebensächliche Faktoren, wie etwa die Art der Unterbringung der Geflüchteten, dürften am Ende mit darüber entscheiden, ob Populisten von lokalen Zuwanderungsdynamiken tatsächlich profitieren können (Hangartner u. a. 2019; Patana 2018; Pettigrew/Tropp 2006).

## Migration als Triggertema eines rechtspopulistischen Kulturkampfes

Jenseits der bisher genannten Argumentationen und Mechanismen führt eine weitere Gruppe von Erklärungen die enge Verbindung zwischen Migration und Populismus auf tiefergehende strukturelle Wandlungsprozesse im Wertefundament unserer heutigen demokratischen Gesellschaften zurück. Dem zugrunde liegt die Annahme, dass der politische Streit um Zuwanderung, Flucht und Asyl zugleich einen tiefgreifenden ideologischen Konflikt markiert – ein Konflikt, der sich im Zuge der Transformation zur postindustriellen Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft über Jahrzehnte herausgebildet hat. Im Fokus steht dabei die Frage, inwiefern die Grenzen einer politischen Gemeinschaft für Güter, Dienstleistungen und Menschen offen oder geschlossen sein sollten. Ein liberal-kosmopolitisch orientierter Teil der Bürgerschaft plädiert hier für einen Vorrang von individueller Selbstverwirklichung, universeller Freizügigkeit und multikulturell geprägten Formen des Zusammenlebens. Eher kommunitaristisch-nativistisch eingestellte Bürgerinnen und Bürger betonen hingegen den Wert starker Gemeinschaftsbezüge, fordern klare Abgrenzungen und verweisen auf die Bedeutung von Ressourcen wie Tradition, Kultur und Religion bei der Stiftung und Aufrechterhaltung gesellschaftlichen Zusammenhalts (Hooghe/Marks 2018; Merkel 2017; Zürn/de Wilde 2016).



„Open the Borders“: Demonstration am 14. November 2021 in Berlin für die Aufnahme von Geflüchteten an der belarussisch-polnischen Grenze. Die Teilnehmenden bringen eine politische Haltung zum Ausdruck, welche offene Grenzen und einen Vorrang individueller Freiheitsrechte einfordert.

© picture alliance / ZB | Matthias Tödt

Die mit dem Gegensatz dieser beiden Gruppen verbundenen Konflikte werden in ihren ökonomischen, sozialen und kulturellen Einzeldimensionen zwar entlang unterschiedlicher Konfliktachsen ausgetragen, zentral für ihre politische Wirkung ist jedoch eine bestimmte politisch-psychologische Disposition, die vor allem die „Kommunitaristen“ für eine populistische Weltsicht empfänglich gemacht hat. In ihrem Zentrum steht das seit Jahrzehnten gewachsene Gefühl, in der Defensive zu sein, hinsichtlich der eigenen Wertvorstellungen, Wissensbestände und Lebensmodelle gesellschaftlich „deklassiert“ zu werden und sich gegen die gesinnungsethischen Übergriffe kosmopolitisch gesinnte Eliten wehren zu müssen (Goodhart 2017; Norris/Inglehart 2019). Als Reaktion führen die „Kommunitaristen“ im Gewand populistischer Elitenkritik eine identitätspolitische Revolte an, die sich in grundlegender Weise gegen den liberalen Wertewandel und dessen Repräsentanten richtet. Auch eine autoritäre Durchsetzung traditioneller Gemeinschafts-, Solidaritäts- und Sozialnormen wird dabei als angemessene Reaktion auf gegenwärtige Bedrohungen und Unsicherheiten verstanden.

Der Frage der Migration kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu. Zum einen stehen Zugewanderte für „das Fremde“, eine „out-group“, von der man sich durch Abgrenzung positive Effekte nach innen erhofft. Zugleich gilt vielen „Kommunitaristen“ die verstärkte Aufnahme von Asylsuchenden und Geflüchteten als Werk jener linksliberalen Agenda, die intakte Gemeinschaftsstrukturen und deren Wertfundamente durch die gezielte Herbeiführung kultureller Diversität aufsprengen und in ihrem „kosmopolitisch-progressiven“ Sinne verändern wollen. Vor diesem Hintergrund wird die Ablehnung von Zuwanderung – jenseits aller ökonomischen, gesellschaftlichen oder politischen Einwände – zugleich als Teil eines umfassenden Kulturkampfes verstanden, der mit dem Mittel populistischer Elitenkritik geführt wird. Bereits das hohe Maß an Aufmerksamkeit, dass dem Thema Zuwanderung in Politik, Medien und Gesellschaft entgegengebracht wird, gilt vielen dabei als Ausdruck eines politischen Programms, das sich im Kern einer kosmopolitisch-liberalen Utopie verschrieben hat und dabei die Interessen des Landes sowie die „eigentlichen“ Probleme seiner Bürgerinnen und Bürger vernachlässigt (Cramer 2016; Hochschild 2016).

In den ehemals sozialistischen Teilen Mittel- und Osteuropas werden diese kollektiven Gefühlslagen durch die Spätfolgen der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation zusätzlich verstärkt. Eine ablehnende Haltung beim Thema Zuwanderung ist hier nicht nur als Zeichen gegen die liberalen Eliten im eigenen Land zu verstehen, sondern auch gegen jene in Westeuropa gerichtet, deren politisch-ideologische Übergriffigkeit vor allem in Form der EU erlebt wird. Der heutige Kulturkampf wird vor diesem Hintergrund auch mit der Enttäuschung jener Hoffnungen und Erwartungen erklärt, die in den frühen 1990er Jahren mit dem Aufbruch zu Liberalismus, Demokratie und Marktwirtschaft verbunden waren, sich später allerdings nicht erfüllt haben (Krastev/Holmes 2019).

## Mediale Dauerpräsenz und affektive Polarisierung

Egal ob ökonomische, sozial-psychologische, politisch-kulturelle oder gesellschaftlich-strukturelle Erklärungen Migration und Populismus in einen Zusammenhang stellen: Für die tatsächliche Instrumentalisierbarkeit des Zuwanderungsgeschehens durch populistische Akteure hat sich auch

die Art der Repräsentanz des Themas in Medien und Öffentlichkeit als bedeutsam erwiesen. So konnte gezeigt werden, dass rechtspopulistische Parteien besonders dann von Fragen der Zuwanderungs- und Asylpolitik profitieren, wenn es ihnen gelingt, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Themenbereich zu lenken. Anhaltend starke Zuwanderungsbewegungen nach Europa sowie ungelöste Fragen zu ihrer politischen, gesellschaftlichen und administrativen Handhabung haben im vergangenen Jahrzehnt beim Thema Migration einen großen Handlungsdruck entstehen lassen, der zu einer Dauerpräsenz des Themas in den Medien geführt hat. Plötzlich auftretende Entwicklungen und Ereignisse – wie etwa Aufsehen erregende Straftaten von Zugewanderten – haben diese Dynamik immer wieder verschärft und zu besonders intensiven Phasen der Medienberichterstattung geführt. Dass dabei oft über Jahre immer wieder die gleichen Fragen diskutiert, aber nicht nachhaltig gelöst werden konnten, hat seinen Teil dazu beigetragen, dass in Teilen der Bevölkerung bestehende Ängste und Vorbehalte aktiviert wurden und bei vielen sich der Eindruck verfestigen konnte, die etablierten Eliten und Institutionen seien mit der Handhabung des Migrationsthemas überfordert (Czymara/Dochow 2018; Dennison/Geddes 2019).

Allerdings ist für die politische Instrumentalisierbarkeit des Migrationsthemas nicht nur der Umfang, sondern auch die Art der medialen Darstellung von entscheidender Bedeutung. Anders als ihren politischen Vorgängern steht heutigen Populisten hier ein völlig anderes Arsenal an Kommunikationsmitteln zur Verfügung, mit denen sie ihre spezifischen Perspektiven verbreiten und in Szene setzen können. Entsprechend ist die aktuelle Stärke populistischer Parteien und Bewegungen ohne die gegenwärtigen Möglichkeiten der Kommunikation durch soziale Medien, Messengerdienste und alternative Nachrichtenportale nicht denkbar. Besser als ihre politischen Mitbewerber haben sie in vielen westlichen Demokratien diese neuen Möglichkeiten erschlossen und etwa zur Mobilisierung migrationskritischer Proteste, zur Aktivierung fremdenfeindlicher Vorurteilsstrukturen, zur Verbreitung migrationsbezogener Verschwörungstheorien sowie zur gezielten Ansprache ihrer Wählergruppen genutzt (Herold 2025b; Mutascu u. a. 2025; Persily/Tucker 2020).

Vor diesem Hintergrund haben aktuelle Untersuchungen gezeigt, dass heute in ganz Europa beim Thema Migration ein besonders hohes Maß an affektiver Polarisierung zu verzeichnen ist (Herold u. a. 2022; Vorländer u. a. 2025). Dies führt dazu, dass die Menschen hier vergleichsweise stark dazu neigen, Personen, die eine andere Meinung vertreten, mit Unverständnis und Ablehnung zu begegnen. Entsprechend schwer ist es bis heute, Fragen von Zuwanderung, Asyl und Flucht wirklich sachlich und lösungsorientiert zu diskutieren. Jegliche Debatten zum Thema sind stattdessen leicht emotional entflammbar und besitzen ein besonders ausgeprägtes politisches Erregungspotenzial, das wiederum leicht von Populisten nutzbar gemacht werden kann.

## Schluss: Migration als Schlüsselfrage der Demokratie

Unter dem Einfluss rechter Populisten hat sich die Dynamik des Migrationsthemas im vergangenen Jahrzehnt stark verändert. Der anhaltende Zuzug von Menschen, die politische und administrative Verarbeitung der Aufnahme Millionen Geflüchteter und Asylsuchender – zuletzt aus der Ukraine – hat in den Gesellschaften Europas zu starken Verwerfungen geführt und ihre liberalen Demokratien vor große



Selfie von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit einem Geflüchteten im September 2015. In rechtspopulistischen Onlineforen dienten solche Aufnahmen häufig als Ausgangspunkt für Falschmeldungen und zugespitzte Narrative – ein Beispiel dafür, wie Medienbilder beim Thema Migration zur politischen Polarisierung eingesetzt werden. © picture alliance / dpa | Bernd von Jutrozenka

Herausforderungen gestellt. Vor allem rechte Populisten konnten davon politisch profitieren. Um deren Erfolge zu verstehen, reicht die Analyse wirtschaftlicher und sozialer Problemlagen jedoch ebenso wenig aus wie der Verweis auf die anhaltende Verbreitung fremdenfeindlicher Orientierungen. Diese und andere Einflussfaktoren stellen lediglich einen Teil jenes Resonanzbodens dar, auf dem sich eine kritische Beurteilung von Migration heute mit demokratiekritischen Narrativen verbindet. Auch die pauschale Vermutung, dass der persönliche Kontakt mit Zugewanderten *per se* die Sympathie der Menschen für rechte Populisten reduziert, gilt inzwischen als widerlegt.

Wenn es darum geht, den gegenwärtigen Wirkungszusammenhang zwischen Migration und Populismus zu beschreiben, müssen stattdessen längerfristige Entwicklungen fokussiert werden. So fällt der durch mehrere Krisenerfahrungen sensibilisierte Blick der Menschen auf die Zukunft heute im Schnitt sorgenvoller aus als noch vor zehn Jahren. Sozioökonomische Status- und kulturelle Verlustängste wirken dabei oft zusammen, Befürchtungen eines drohenden sozialen Abstieges werden mit diffusen Ängsten vor einem voranschreitenden Niedergang kultureller Identitäten, einer Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und einer Erosion der öffentlichen Sicherheit verbunden. Darüber hinaus gelten Fragen nach Zuwanderung, Flucht und Asyl als Hauptarena eines gesellschaftlichen Kulturkampfes, bei dem ein kommunitaristisch orientierter Teil der Bürgerschaft mit dem Mittel populistischer Elitenkritik gegen die Wertvorstellungen und politischen Gestaltungsabsichten seines kosmopolitisch gesinnten Widerparts rebelliert. Migrationspolitische Positionen werden dabei als Identitäts-

fragen verstanden, die sich dank ihrer medialen Dauerpräsenz und hohen Emotionalisierbarkeit besonders leicht politisch instrumentalisieren lassen.

Schlussendlich haben jedoch auch die migrationspolitischen Debatten der vergangenen Jahre ihre Spuren hinterlassen. Die Tatsache etwa, dass heute noch immer ähnliche Probleme wie 2015 verhandelt werden, bisher aber – zumal auf europäischer Ebene – kaum nachhaltige Lösungen gefunden werden konnten, hat in allen politischen Lagern ein hohes Maß an Frustration entstehen lassen. Während auf der einen Seite ein permanenter „Rechtsruck“ sowie die Verschlechterung des gesellschaftlichen Klimas beklagt wird, hat sich bei anderen die Überzeugung durchgesetzt, dass die aktuellen politischen Institutionen und Eliten mit der Handhabung des Migrationsthemas insgesamt überfordert sind. Für sie zeigt das Feld der Migrationspolitik exemplarisch, wie das System der liberalen Demokratie heute insgesamt an seine Grenzen stößt und nur durch die von Populisten versprochene Zertrümmerung rechtsstaatlicher Regeln wiederhergestellt werden kann.

Das Thema Migration erweist sich damit als Katalysator. Es trägt zur Sichtbarmachung, Aktivierung und Verschärfung gesellschaftlicher Spaltungslinien bei und setzt eine Demokratie unter Stress. Weil es außerdem auf die zukünftige Zusammensetzung des *demos* zielt, tangieren Fragen nach Zuwanderung, Flucht und Asyl zugleich den Kern des Selbstverständnisses unserer Gesellschaft. Der Umgang mit diesen Fragen verrät viel über die wahre Stabilität und Problemlösungsfähigkeit unserer Demokratie.

## Dr. Maik Herold

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mercator Forum Migration und Demokratie an der Technischen Universität Dresden und Co-Autor des Europäischen Polarisierungsbarometers (zuletzt 2025 erschienen: Politische Polarisierung in Deutschland). Seine For-

schungsschwerpunkte liegen im Bereich der historischen und empirisch-vergleichenden Demokratieforschung und fokussieren Themen wie Bürgerethos, Protest, Populismus und Zusammenhalt.

## LITERATUR

- Allport, Gordon W. (1954): *The Nature of Prejudice*. Cambridge.
- Banks, Antoine J. (2016): Are Group Cues Necessary? How Anger Makes Ethnocentrism Among Whites a Stronger Predictor of Racial and Immigration Policy Opinions. In: *Political Behavior* 38, Heft 3/2016, S. 635–657.
- Berg, Justin Allen (2015): Explaining Attitudes toward Immigrants and Immigration Policy: A Review of the Theoretical Literature. In: *Sociology Compass*, Heft 1/2015, S. 23–34.
- Cramer, Katherine J. (2016): *The Politics of Resentment. Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker*. Chicago, IL/London.
- Czymara, Christian S./Dochow, Stephan (2018): Mass Media and Concerns about Immigration in Germany in the 21st Century: Individual-Level Evidence over 15 Years. In: *European Sociological Review* 34, Heft 4/2018, S. 381–401.
- Dancygier, Rafaela/Dehdari, Sirus H./Laitin, David D./Marbach, Moritz/Vernby, Kåre (2025): Emigration and Radical Right Populism. In: *American Journal of Political Science* 69, Heft 1/2025, S. 252–267.
- Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel (2017): Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. In: *Zeitschrift für Politik* 64, Heft 1/2017, S. 21–38.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2024): *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen/Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Gießen.
- Dennison, James/Geddes, Andrew (2019): A Rising Tide? The Salience of Immigration and the Rise of Anti Immigration Political Parties in Western Europe. In: *The Political Quarterly* 90, Heft 1/2019, S. 107–116.
- Dustmann, Christian/Vasiljeva, Kristine/Piil Damm, Anna (2019): Refugee Migration and Electoral Outcomes. In: *The Review of Economic Studies* 86, Heft 5/2019, S. 2035–2091.
- Engler, Sarah/Weisstanner, David (2020): The Threat of Social Decline: Income Inequality and Radical Right Support. In: *Journal of European Public Policy* 28, Heft 2/2020, S. 153–173.
- Ezzati, Rojan T. (2021): Value-Talk after Terrorism: Articulating a United 'We' and a Divided 'Us'. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 47, Heft 1/2021, S. 130–147.
- Gidron, Noam/Hall, Peter A. (2020): Populism as a Problem of Social Integration. In: *Comparative Political Studies* 53, Heft 7/2020, S. 1027–1059.
- Goodhart, David (2017): *The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics*. London.
- Halikiopoulou, Daphne/Vlandas, Tim (2020): When Economic and Cultural Interests Align: the Anti-Immigration Voter Coalitions Driving Far Right Party Success in Europe. In: *European Political Science Review* 12, Heft 4/2020, S. 427–448.
- Halla, Martin/Wagner, Alexander F./Zweimüller, Josef (2017): Immigration and Voting for the Far Right. In: *Journal of the European Economic Association* 15, Heft 6/2017, S. 1341–1385.
- Hangartner, Dominik/Dinas, Elias/Marbach, Moritz/Matakos, Konstantinos/Xeferis, Dimitrios (2019): Does Exposure to the Refugee Crisis Make Natives More Hostile? In: *American Political Science Review* 113, Heft 2/2019, S. 442–455.
- Hartmann, Jörg/Kurz, Karin/Lengfeld, Holger (2022): Modernization Losers' Revenge? Income Mobility and Support for Right- and Left-Wing Populist Parties in Germany. In: *European Sociological Review* 38, Heft 1/2022, S. 138–152.
- Helbling, Marc (Hrsg.) (2012): *Islamophobia in the West*. London.
- Herold, Maik (2024): The Impact of Conspiracy Belief on Democratic Culture: Evidence from Europe. In: *Harvard Kennedy School Misinformation Review* 5, Heft 6/2024.
- Herold, Maik (2024): Warum profitieren rechtspopulistische Kräfte von Migration? Erklärungen und Befunde. In: Oliviero Angeli/Andreas Niederberger/Hans Vorländer (Hrsg.): *Migration*. Baden-Baden, S. 135–164.
- Herold, Maik (2025): Ostdeutschland als Sonderfall oder europäische Normalität? Einstellungen zu Demokratie und Migration im Vergleich. In: *Berliner Debatte Initial*, Heft 1/2025, S. 51–76.
- Herold, Maik (2025): Who Believes in the "Great Replacement"? Political Attitudes and Democratic Alienation Among Supporters of Immigration Related Conspiracy Theories in Europe. In: *Social Science Quarterly* 106, Heft 2/2025.
- Herold, Maik/Joachim, Janine/Otteni, Cyrill/Vorländer, Hans (2023): *Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern*. Dresden.
- Herold, Maik/Otteni, Cyrill (2020): Schrumpfende Regionen – frustrierte Bürger? Abwanderung und AfD-Wahl in Deutschland. In: *Emigration in Europa. Midem Jahresbericht 2020*. Dresden, S. 19–31.
- Herold, Maik/Schäller, Steven (2023): Germany's Anti-Islamic PEGIDA Movement: A Local Phenomenon and Its Broader Impact. In: Manès Weisskircher (Hrsg.): *Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics From the Streets to Parliament*. London.
- Hochschild, Arlie Russell (2016): *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right*. New York/London.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2018): Cleavage Theory Meets Europe's Crises: Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage. In: *Journal of European Public Policy* 25, Heft 1/2018, S. 109–135.
- Krastev, Ivan/Holmes, Stephen (2019): *The Light That Failed. A Reckoning*. London.
- Küpper, Beate/Rees, Jonas/Zick, Andreas (2016): Geflüchtete in der Zerreißprobe – Meinungen über Flüchtlinge in der Mehrheitsbevölkerung. In: Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause (Hrsg.): *Gespaltene Mitte – feindselige Zustände*. Bonn, S. 83–110.
- Kurer, Thomas/van Staalduin, Britta (2022): Disappointed Expectations: Downward Mobility and Electoral Change. In:

- American Political Science Review 116, Heft 4/2022, S. 1340–1356.
- ▶ Lubbers, Marcel/Coenders, Marcel (2017): Nationalistic Attitudes and Voting for the Radical Right in Europe. In: *European Union Politics* 18, Heft 1/2017, S. 98–118.
  - ▶ Manow, Philip (2018): *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Berlin.
  - ▶ Margalit, Yotam (2019): Economic Insecurity and the Causes of Populism, Reconsidered. In: *Journal of Economic Perspectives* 33, Heft 4/2019, S. 152–170.
  - ▶ Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Philipp Harfst/Ina Kubbe/Thomas Poguntke (Hrsg.): *Parties, Governments and Elites*. Wiesbaden, S. 9–23.
  - ▶ Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2018): Studying Populism in Comparative Perspective. Reflections on the Contemporary and Future Research Agenda. In: *Comparative Political Studies* 51, Heft 13/2018, S. 1667–1693.
  - ▶ Mutascu, Mihai/Strango, Cristina/Turcu, Camelia (2025): Online Social Media and Populism in Europe. In: *European Journal of Political Economy* 86, Heft 1/2025, 102619.
  - ▶ Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin.
  - ▶ Norris, Pippa/Inglehart, Ronald (2019): *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge.
  - ▶ Patana, Pauliina (2020): Changes in Local Context and Electoral Support for the Populist Radical Right: Evidence from Finland. In: *Party Politics* 26, Heft 6/2020, S. 718–729.
  - ▶ Persily, Nathaniel/Tucker, Joshua A. (Hrsg.) (2020): *Social Media and Democracy. The State of the Field and Prospects for Reform*. Cambridge.
  - ▶ Pettigrew, Thomas F./Tropp, Linda R. (2006): A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 90, Heft 5/2006, S. 751–783.
  - ▶ Pickel, Gert/Yendell, Alexander (2016): Islam als Bedrohung? Beschreibung und Erklärung von Einstellungen zum Islam im Ländervergleich. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 10, Heft 3–4/2016, S. 273–309.
  - ▶ Quillian, Lincoln (1995): Prejudice as a Response to Perceived Group Threat: Population Composition and Anti-Immigrant and Racial Prejudice in Europe. In: *American Sociological Review* 60, Heft 4/1995, S. 586–611.
  - ▶ Rodrik, Dani (2021): Why Does Globalization Fuel Populism? Economics, Culture, and the Rise of Right-Wing Populism. In: *Annual Review of Economics* 13, Heft 1/2021, S. 133–170.
  - ▶ Rydgren, Jens (2008): Immigration Sceptics, Xenophobes or Racists? Radical Right-Wing Voting in Six West European Countries. In: *European Journal of Political Research* 47, Heft 6/2008, S. 737–765.
  - ▶ Rydgren, Jens/Tyrberg, Maria (2020): Contextual Explanations of Radical Right-Wing Party Support in Sweden: A Multilevel Analysis. In: *European Societies* 22, Heft 5/2020, S. 555–580.
  - ▶ Stockemer, Daniel (2016): Structural Data on Immigration or Immigration Perceptions? What Accounts for the Electoral Success of the Radical Right in Europe? In: *Journal of Common Market Studies* 54, Heft 4/2016, S. 999–1016.
  - ▶ Stockemer, Daniel/Halikiopoulou, Daphne/Vlandas, Tim (2021): ‘Birds of a Feather’? Assessing the Prevalence of Anti-Immigration Attitudes among the Far Right Electorate. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 47, Heft 15/2021, S. 1–28.
  - ▶ Stockemer, Daniel/Lentz, Tobias/Mayer, Danielle (2018): Individual Predictors of the Radical Right-Wing Vote in Europe: A Meta-Analysis of Articles in Peer-Reviewed Journals (1995–2016). In: *Government and Opposition* 53, Heft 3/2018, S. 569–593.
  - ▶ Stoetzer, Lukas F./Giesecke, Johannes/Klüver, Heike (2023): How Does Income Inequality Affect the Support for Populist Parties? In: *Journal of European Public Policy* 30, Heft 1/2023, S. 1–20.
  - ▶ Tajfel, Henri/Turner, John C. (1979): An Integrative Theory of Intergroup Conflict. In: William G. Austin/Stephen Worchel (Hrsg.): *The Social Psychology of Intergroup Relations*. Monterey, S. 56–65.
  - ▶ van Wijk, Daniël/Bolt, Gideon/Tolsma, Jochem (2020): Where Does Ethnic Concentration Matter for Populist Radical Right Support? An Analysis of Geographical Scale and the Halo Effect. In: *Political Geography* 77, Heft 3/2020, S. 1–15.
  - ▶ Vorländer, Hans/Herold, Maik/Hormig, Felix/Otteni, Cyrill (2025): *Politische Polarisierung in Deutschland 2025. Polarisierungsbarometer*. Dresden.
  - ▶ Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016): *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden.
  - ▶ Zick, Andreas/Mokros, Nico/Küpper, Beate (2025): *Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft*. In: Andreas Zick/Beate Küpper/Nico Mokros/Marco Eden/Franziska Schröter (Hrsg.): *Die angespannte Mitte*. Bonn, S. 69–124.
  - ▶ Zürn, Michael/De Wilde, Pieter (2016): Debating Globalization: Cosmopolitanism and Communitarianism as Political Ideologies. In: *Journal of Political Ideologies* 21, Heft 3/2016, S. 280–301.